

K-5 Solidarität mit Lützerath

Antragsteller*in: Maximilian Frenken
Tagesordnungspunkt: K Solidarität statt Krisen!
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Einleitung:

2 Coronakrise, Preissteigerungen, Energiekrise, Krieg in der Ukraine - es drohen
3 ständig neue Probleme, die die Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft
4 binden. Diesen Herausforderungen müssen wir mit linker, nachhaltiger und
5 gerechtigkeitsorientierter Politik begegnen.

6
7 Doch die zentrale Herausforderung diesen Jahrhunderts darf nicht vergessen
8 werden - die Klimakrise ist viel bedrohlicher, als diese kurzfristigen Krisen und
9 hat das Potential, die Zukunft der menschlichen Zivilisation zu gefährden. Die
10 politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen, denen wir aktuell begegnen
11 sind das Resultat zukunftsvergessender, kurzfristig reagierender Politik,
12 gefüttert und dirigiert vom Lobbying großer Konzerne.

13 Nun bedroht der Energiekonzern RWE die Reste des symbolischen Ortes Lützerath und
14 die dort lebendene Gemeinschaft von AktivistInnen. Obwohl Studien belegen, dass
15 die Kohle zur Gewährleistung der deutschen Versorgungssicherheit bis 2030 reicht
16 (Quelle 2 Begründung), eine weitere Förderung das deutsche 1,5°- Ziel gefährdet
17 (Quelle 1 Begründung) und es eine Landesregierung aus CDU und Grünen gibt,
18 konnte noch keine Einigung mit RWE zum Schutze von Lützerath erreicht werden.

19 Antrag:

20 Die GRÜNE JUGEND fordert die Landesregierung in NRW, bestehend aus CDU und
21 Grünen, auf, in den laufenden Verhandlungen mit RWE den Erhalt der Flächen und
22 Gemeinschaft um den Ort Lützerath durch ein Moratorium sicherzustellen, bis
23 ein neuer Tagebauplan beschlossen wurde.

24
25 Die GRÜNE JUGEND fordert die Landesregierung und RWE auf, ihrer Verantwortung
26 für das historische Kulturland, die dort lebenden Menschen und zukünftigen
27 Generationen - dem Gemeinwohl - gerecht zu werden und einen, mit dem 1,5°-Ziel
28 zu vereinbarenden Leitentscheid für die zukünftige Kohleförderung und

29 Flächeninanspruchnahme zu beschließen.

30 Die GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit den in Lützerath wohnenden AktivistInnen
31 und erkennt deren Leistungen für den Kampf gegen die Klimakrise und die Nutzung
32 fossiler Brennstoffe an. Gemeinsam mit anderen klimapolitischen Akteuren werden
33 wir ihren Protest gegen profitmotivierte Umweltzerstörung unterstützen.

Begründung

"Wenn Unrecht zu Recht wird, dann wird Widerstand zur Pflicht" - diese Worte stehen auf der Mahnwache in Lützerath geschrieben, an die die Kohlebagger von RWE über die Jahre immer weiter heran gerückt sind. Dort verteidigen mutige AktivistInnen unterschiedlicher Couleur und Herkunft die 1,5°C Grenze innerhalb Deutschlands (Quelle 1). Nun droht kurzfristig die Räumung, da ab dem 1.10 die Rodungssaison beginnt. Die Grünen scheinen trotz ihrer Ankündigungen im Koalitionsvertrag sich in den Verhandlungen nicht gegen RWE durchsetzen zu können. Daher bedarf es einer dringlichen Stellungnahme der Stimme der Jugend- der GRÜNEN JUGEND:

Trotz kurzfristiger Energiekrise, aufgrund zukunftsvergessener Politik der letzten Jahrzehnte und scherzhaften Preissteigerungen darf die zentrale Herausforderung dieses Jahrhunderts nicht vergessen werden - die Klimakrise droht, wenn nicht entschieden und konsequent die Verbrennung fossiler Energieträger eingestellt, Zerstörung CO₂ speichernder Vegetation verhindert und aufgeschobenen Anpassungsmaßnahmen umgesetzt werden, in den kommenden Jahrzehnten immer heftiger Naturkatastrophen, Hunger und Leid auszulösen.

Die folgenden humanitären, politischen und ökonomischen Krisen werden die aktuelle kurzfristige Problematik bei weitem übertreffen. Die Gasspeicher sind inzwischen gefüllt und die Preise stabilisieren sich - über den Winter werden wir kommen.

Doch, wenn von Grünen und CDU mit RWE in NRW keine zeitnahe Leitentscheidung getroffen wird, wie weit die Kohlegrube Garzweiler 2 noch ausheben darf, dann droht die Zerstörung dieses symbolischen Ortes, das Ende der dort lebenden vielfältig-ökologischen Gemeinschaft und die übermäßige Ausschachtung der dort ruhenden Kohle - alles damit der Energie-Oligoist RWE noch weiter Profit aus unserer gemeinsamen Erde und ihren Ressourcen, auf Kosten der zukünftigen Generationen und Menschen in vulnerablen Regionen der Erde machen kann.

Die Studienlage ist konträr. Während RWE behauptet die Flächen zu benötigen, widersprechen Wissenschaft und NGOs dem vehement: Es braucht keine Ausweitung der Flächen für eine deutschlandweite Versorgungssicherheit bis zum Kohleausstieg 2030 - selbst, wenn jetzt mehr aufgrund von Gasmangel verfeuert werden sollte!

Wir, als heranwachsende Generation, müssen für unsere und die Zukunft noch folgender Generationen eintreten. Daher fordern wir die Landesregierung CDU wie Grüne auf, diesen Kampf für die Umwelt und Menschen endlich zu entscheiden!

QuelleN

- 1) <https://www.bund-nrw.de/presse/detail/news/wenn-luetzerath-faellt-faellt-nicht-nur-die-15-grad-grenze/>

- 2) <https://coaltransitions.org/publications/gasknappheit-auswirkungen-auf-die-auslastung-der-braunkohlekraftwerke-und-den-erhalt-von-lutzerath/>